



# MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

12/2007

## DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

### Informationen aus der Mitglieder- versammlung



**Am 21.11.07 fand unsere Mitgliederversammlung statt. Es ging um die Auswertung der Energiepolitischen Konferenz in Hamburg, um Informationen aus dem 1. Kreisparteitag, In-**

**formationen aus dem Stadtparlament und um die beginnenden Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2008.**

Der Schwerpunkt unserer Diskussion lag bei der Auswertung der Energiepolitischen Konferenz.

Die Bundestagsfraktion und der Bundesvorstand hatten nach Hamburg eingeladen, um Wege und Alternativen für eine Energiewende in Deutschland zu beraten. Die Diskussion zur Auswertung dieser Konferenz bezog sich auf Alternativen zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Das Thema Biogasanlagen spielte dabei eine große Rolle. Einig waren wir uns darin, dass überdimensionierte Anlagen den Auftrag der Landwirtschaft zur Versorgung der Bevölkerung erheblich beeinflussen bzw. verdrängen. Sie führen zu Störungen von bereits bestehenden bzw. aufzubauenden regionalen Wirtschaftskreisläufen.

Biogasanlagen sind dort eine sinnvolle Alternative, wo kleinere Einzellösungen geschlossene Kreisläufe ermöglichen und keine Verwerfungen in der Landwirtschaft zur Folge haben.

Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2008 wurde im Ortsverband eine Arbeitsgruppe Strategie und Wahlen gebildet, die einen Entwurf für das zu erstellende Wahlprogramm und Vorschläge für die Führung des Wahlkampfes erarbeiten soll.

**Anke Schwarzenberg,**  
Ortsvorsitzende DIE LINKE.

### »ARM aber SICHER«

Die Große Koalition überbietet sich derzeit mit einer Vielzahl von Gesetzen und Gesetzesvorlagen, in denen es den Verlautbarungen nach um »die Sicherheit der Bürger« geht.

So wurde eine überflüssige und schädliche Kronzeugenregelung auf den Weg gebracht, die das rechtsstaatliche Schuldprinzip weiter aushöhlt, ein Entwurf für die anschließende Sicherungsverwahrung von jugendlichen Straftätern vorgelegt, der mit Grundvorstellungen des Jugendstrafvollzuges bricht. Besonders hervorheben möchte ich die bereits, mit fast allen Stimmen der Re-

gierungsfraktionen, beschlossene Vorratsdatenspeicherung. Ab dem 1. Januar 2008 werden dann die Kommunikationsprofile von 80 Millionen Menschen ohne individuellen Grund gespeichert. Die Datenerfassung erfolgt flächendeckend, ohne dass der einzelne Mensch dazu überhaupt irgendeinen begründeten Anlass oder Verdacht gibt.

Dies alles geschieht, obwohl die Grundrechte zu allererst Abwehrrechte gegen den Staat sind.

► S. 2



### Kampf um die Steuermillionen



**Jedes Jahr erlebt der geneigte Beobachter der Kommunalpolitik dasselbe Spiel. Wenn der Kreis den Haushalt verabschiedet, wird um die Kreisumlage gestritten. Was die Kreisumlage ist, wissen aber die Wenigsten. Die Landkreise haben in Brandenburg eine große Anzahl von Aufgaben zugeordnet bekommen. Für die Bürger zeigt sich dies vor allem beim Nahverkehr, der Müllentsorgung oder der Erteilung von Baugenehmigungen. Darüber hinaus sind die Kreise auch für die Finanzierung der Kitas und der weiterführenden Schulen zuständig.**

All diese Dienstleistungen müssen finanziert werden. Eigene Steuereinnahmen hat der Kreis aber nicht. Er erhält sogenannte Schlüsselzuweisungen vom Land und muss dann von den Städten und Gemeinden eine Kreisumlage einziehen. Diese Umlage soll die Differenz zwischen den Landeszuweisungen und den Ausgaben decken. In Spree-Neiße reicht das Geld schon seit vielen Jahren dafür nicht mehr aus. Der Schuldenstand des Landkreises beträgt zurzeit 64 Millionen Euro. In diesem Jahr wurde der Haushalt mit einer Umlage von rund 50 Millionen Euro verabschiedet. Möglich wurde dies, weil zum ersten Mal seit der Kreisbildung die Gemeinden deutlich höhere Steuereinnahmen haben.

► S. 2



**Liebe Leserinnen und Leser,**

wieder geht ein ereignisreiches Jahr seinem Ende entgegen.

Unsere kleine Zeitung wünscht allen ein ruhiges, friedliches und besinnliches Weihnachtsfest.

Blieben Sie gesund und weiter neugierig auf uns.

**Anke Schwarzenberg**  
OV DIE LINKE.PDS

**Ingo Paeschke**  
SVV-Fraktion DIE LINKE.PDS

**Siegfried Schneider**  
AG »Malxe-Blatt«

## »ARM aber ...«

(Fortsetzung von Seite 1)

Das heißt: Mit Hilfe der Grundrechte soll der Bürger sich gegen einen allmächtigen Staat schützen können. Die Grundrechte sind im Kern ein institutionalisiertes Misstrauen gegen den Staat. Hier wird jedoch ein grundsätzliches Misstrauen des Staates gegen seine Bürger institutionalisiert – indem genau jene Allmacht des Staates für die sicherheitspolitischen Wahnvorstellungen der Regierenden benutzt wird. Während der Staat sich mit seinem Verhalten als vermeintlicher Beschützer vor Kriminalität und Terrorismus aufspielt, entzieht er gleichzeitig den Menschen den notwendigen sozialen Schutz, den er ihnen nach dem Sozialstaatsprinzip schuldet. Derselbe Staat, der vorgibt, den Menschen mit großen Kosten- und Personalaufwand maximalen Schutz vor Kriminalität und Terrorismus zu bieten, erklärt im gleichen Atemzug, er könne aus finanziellen Gründen nicht mehr für die soziale Sicherheit ausreichend sorgen. In diesen »kalten« Tagen können die unzähligen Obdachlosen ruhig schlafen; denn die Regierung scheut keine Mühe, wenn es darum geht, ihren Schlaf vor Terroristen und Verbrechern zu schützen.

Wolfgang Neskovic,  
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

## Kampf um die ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Trotz der um 7 Millionen Euro gestiegenen Umlage bleibt deutlich mehr Geld in den städtischen Kassen. Auch Forst wird im Jahr 2008 höhere Einnahmen realisieren. Bei einem Haushaltsdefizit von 25 Millionen Euro bleibt aber zum Verteilen kaum etwas übrig. Viele Gemeinden haben im Vorfeld des kreislichen Haushaltsbeschlusses Einspruch gegen die Umlagehöhe erhoben. Intelligente Vorschläge zu einer anderen Ausgestaltung des Haushalts aber waren nirgends zu lesen. Forst fehlen vor allem Einnahmen aus Gewerbesteuern. Wer wie Spremberg mit Vattenfall-Schwarze Pumpe eine finanzielle Goldgrube sein Eigen nennen darf, schafft auch unter schwierigen Bedingungen einen ausgeglichenen Haushalt. Dann kann man sich dort auch ein kostenloses Kitajahr leisten. In Forst sind wir von einer solchen Möglichkeit weit entfernt. Selbst eine verbesserte Vermarktung des Gewerbegebiets im vergangenen Jahrzehnt hätte ein solches Defizit nicht beseitigen können. Neben hausgemachten Fehlern ist es vor allem die total verfehlt

nanzpolitik des Landes, die vielen Gemeinden eine vernünftige Haushaltsführung unmöglich macht. Die Landesregierung verweist stolz auf ihren ausgeglichenen Haushalt. Sie hat viele Aufgaben den Kommunen übertragen und leidet fast immer vergessen, das notwendige Kleingeld mitzuschicken. Eine vernünftige Entschuldung kann so nicht erfolgen. Dies geht nur von unten nach oben. Das Verteilen einmaliger Almosen an finanzschwache Gemeinden löst keine Probleme. Es zeigt nur die Abhängigkeit von der Landesregierung. Kommunale Selbstverwaltung wird so immer mehr zur hohlen Phrase. Die Bürgerinnen und Bürger bezahlen dies mit höheren Preisen, schlechteren Dienstleistungen und hoher Arbeitslosigkeit. Am Ende steht die Abwanderung und das Aussterben ganzer Regionen. Der Aufschwung, von dem die Regierung in Berlin schwärmt, geht an den meisten Menschen vorbei. Welche Partei aber wird sich eigentlich für den nächsten Abschwung verantwortlich fühlen? Der kommt übrigens mit Sicherheit.

Ingo Paeschke,  
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.  
der SVV Forst

## Was kostete ein Kindertagesstättenplatz für Eltern?

**Es war auch für uns nicht einfach zu verstehen, was hinter den Änderungen der Elternbeitragsatzung für Kindertagesstätten steckt. Die Elternbeitragsatzung soll im Einvernehmen mit dem Kreis überarbeitet werden.**

Der Vorschlag des Kreises sieht vor, dass zukünftig ALG-II-Empfänger keinen Antrag auf Erstattung des Elternbeitrages mehr stellen müssen, sondern nur noch ihren Bescheid vorlegen und dann den Beitrag in Höhe der festgeschriebenen Härtefallklausel zu zahlen haben. Das hört sich einfach gut an! Weniger Verwaltungsaufwand und weniger Wege für die Betroffenen.

Genau da liegt aber das Problem. In Zukunft müssen alle ALG-II-Empfänger einen festgelegten Eigenbetrag zahlen, wenn sie über der niedrigsten Einkommensgruppe (jährlich 7.601 Euro/Jahr) der Satzung der Stadt Forst liegen.

Der § 90 des KJHG besagt, **jeder (auch Geringverdienende)** hat das Recht einen Antrag zu stellen und diesen Antrag prüfen zu lassen, ob der Elternbeitrag teilweise oder ganz erlassen wird.

Diesen Hinweis findet man in der neuen Satzung der Stadt nicht mehr.

Warum nicht? Eine Satzung kann kein Bundesgesetz aushebeln. Soll hier ein Kommunikationsproblem entstehen? Woher sollen Eltern wissen, dass dieses Recht weiter gilt?

Eine individuelle Prüfung ihrer ganz persönlichen Verhältnisse wird also nicht stattfinden. – Es ist ein Verwirrspiel.

Die Höhe des in Zukunft zu zahlenden Beitrages für ALG-II-Empfänger wurde durch die Kreisverwaltung ermittelt und durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen.

Dieser Beschluss ist aus folgenden Gründen anzuzweifeln:

1. Man geht von einer häuslichen Ersparnis bei der Unterbringung von Kindern in der Tagesstätte aus und rechnet diese dem ALG-II-Empfänger gegen. Das entspricht nicht den gesetzlichen Regelungen im SGB XII.
2. Der zu zahlende Beitrag laut Härtefallklausel differenziert nicht, ob ein Kind oder zwei Kinder in die KITA gebracht werden, was einer Ungleichbehandlung von Eltern entspricht.
3. Der zu zahlende Beitrag der ALG-II-Empfänger ist nicht mit den zu zahlenden Beiträgen bei gleicher Einkommenshöhe verdienender Eltern abgeglichen, er liegt höher.

Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses wurde als Grundlage für die Änderungen der Elternbeitragsatzung der Stadt Forst genommen, um das geforderte Einvernehmen mit dem Kreis herzustellen.

Die Stadt muss aber dieses Einvernehmen nicht herstellen, wenn sie diesem Beschluss nicht folgen will, dann gilt weiterhin die alte Satzung. Wir werden dieser Satzung nicht zustimmen.

Anke Schwarzenberg,  
Fraktion DIE LINKE., Mitglied des  
Kultur- und Sozialausschusses der SVV

## Ihre Meinung ist gefragt ...



In Zeiten knapper Kassen sind immer Ideen gefragt, mit deren Hilfe man aus dem Verfügbaren mehr erreichen kann. Die Forster Stadtverwaltung

hat Ideen entwickelt, wie man beim Straßenausbau mit dem gleichen Geld schneller vorankommt. Dabei hat sie auf mehr oder weniger erfolgreiche Modelle anderer Kommunen zurückgegriffen. Im Kern geht es darum, dass die Anliegerstraßen, in denen die Bürger bereit sind zusätzlich zu ihrem Eigenanteil auch noch den finanziellen Anteil der Stadt zu übernehmen, vorrangig und kurzfristig realisiert werden. Start könnte 2009 sein, wenn es den Abgeordneten bis dahin gelingt, sich auf Eckpositionen zu verständigen. Gibt es für ein solches Modell in Forst Straßen mit ausreichend interessierten Bürgern? Und wenn ja, wie hoch sollte der prozentuale Anteil der zusätzlichen finanziellen Beteiligung der Bürger sein, um vorrangig im Investitionsplan aufgenommen zu werden? Schreiben Sie uns Ihre Meinung dazu und helfen uns dabei, eine bürgernahe Entscheidung zu treffen.

Heinz-Peter Bischoff,  
Fraktion DIE LINKE., Mitglied des  
Bau- und Umweltausschusses der SSV

## Skandalös und beschämend

**Fast ein formaler Akt, die Frage des Kreistagsvorsitzenden Dr. Haidan nach Änderungsvorschlägen zur Tagesordnung. So auch am 28. November 2007. Doch nun trat Herr Gloyna (DSU) ans Mikrofon und beantragte die Streichung des Tagesordnungspunktes 4.11. Was sollte dort behandelt werden?**

Eine Petition des Kreistages Spree-Neiße an den Bundestagspräsidenten mit der dringenden Bitte um Sicherung der finanziellen Ausstattung der Stiftung für das sorbische/wendische Volk. Bekanntlich versucht der Bundestag sich seiner Verpflichtung zur Förderung des sorbischen/wendischen Volkes durch Kürzung und Sperrung der Mittel für die Stiftung zu entledigen, was bereits zu zahlreichen Protesten in Sachsen und Brandenburg geführt hat. Herr

Gloyna oder die DSU vertreten die Auffassung, dafür sei der Kreis nicht zuständig. Nanu, wie das? Einhellig wurde der Antrag der DSU zur Tagesordnung abgelehnt.

Dann, nach komplizierter Haushaltsdebatte, war endlich der Tagesordnungspunkt 4.11 an der Reihe. Wieder trat Herr Gloyna ans Mikrofon, behauptete erneut, dafür sei der Kreistag nicht zuständig, verlangte Ablehnung der Petition und zugleich geheime Abstimmung. Keine noch so eindringlichen Reden, ob vom Landrat oder von anderen Abgeordneten, erwirkten einen Sinneswandel. Nein, es zählte nicht, dass der Landkreis Spree-Neiße den größten Anteil des sorbischen/wendischen Siedlungsgebietes in Brandenburg umfasst. Nein, es zählte nicht, dass der Kreistag auch die ca. 15 000 Sorben

und Wenden im Kreisgebiet und deren Interessen vertritt. Nein, es zählte auch nicht, dass der Landkreis Pflege und Erhalt der sorbischen/wendischen Sprache und Kultur in sein Leitbild zur Kreisentwicklung aufgenommen hat. Dann die Abstimmung: Es gibt zwei DSU-Abgeordnete im Kreistag. In der Abstimmung gab es vier (!) Stimmen gegen die Petition, 41 sprachen sich dafür aus.

Skandalös, dass so ein Antrag in den Kreistag überhaupt eingebracht wurde. Beschämend das Abstimmungsergebnis. Es sollte für alle demokratischen Parteien ein Alarmsignal sein.

*Dr. Edeltraud Radochla,  
stellv. Vorsitzende  
der Fraktion DIE LINKE. im KT*

## Aufschwung!

Ich habe den Aufschwung gesehen! Er ist orange, hat vier Räder und ist groß! Er ist ein Bagger. Wird von nun an im Tagebauvorfeld für seinen Besitzer betätigt werden. Er hat viel Elektronik, die Arbeit wird dadurch leichter. Der Mann, der ihn bedient, hat mit jahrelangem Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld (Wer kennt diese Begriffe eigentlich noch?), mit Verzicht auf die Frage nach einer Lohnerhöhung diesen Bagger bezahlt. Letztlich fährt der Aufschwung an mir vorbei. Nur an mir?

PS.: Der alte Bagger bekommt eine neue Lackierung und wird nach Polen verkauft.

*Wolfgang Witzel*

## Keine Hedgefonds

Die Sparkasse Spree-Neiße verkauft keine Grundschuldarlehen an Hedgefonds, so die Aussage von Landrat Friese, gleichzeitig auch Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse, auf der letzten Kreistagsitzung. In den letzten Wochen war bekannt geworden, dass andere Sparkassen Kredite an solche Fonds verkauft haben. Dies hat oft den Totalverlust des Grundstücks für den Kreditnehmer zur Folge. Möglich sind diese Verkäufe, seitdem die damalige Bundesregierung aus Grünen und SPD 2003 eine entsprechende Gesetzesänderung durchgeführt hat. Für die Kunden der Sparkasse Spree-Neiße ist die Aussage ein beruhigendes Signal, ihre Kredite sind vorerst sicher.

*Ingo Paeschke,  
Fraktion DIE LINKE. im KT*



## Der Bundesgeschäftsführer meint

### Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen

#### Zwei Jahre Merkel sind zwei Jahre Moderation von wohlmeinenden Ankündigungen

**Die Bilanz von zwei Jahren Großer Koalition gleicht einem Januskopf: Steuererhöhungen für die breite Masse, Steuersenkungen für Gewinne und Spitzenverdiener. Das ist die klare Sprache neoliberaler Reformeiferer und von Klientelpolitik beim Abbau der Neuverschuldung. Die Debatten um Mindestlöhne, Kinderarmut, ja sogar um Pflege und Gesundheit bezeugen eine vage Ahnung der Regierenden von der sozialen Wirklichkeit im Land, die trotz Aufschwung von wachsender sozialer Spaltung und Ausgrenzung geprägt ist.**

Allein, die Kanzlerin schafft für die Betroffenen nicht mehr als die Moderation wohlklingender Ankündigungen für eine viel zu ferne Zukunft:

- Kindergeld-Erhöpfung? 2010 oder vielleicht doch schon als Bonbon zum Wahljahr 2009?
- Mehr Kita-Plätze? Vielleicht 2013?
- Mindestlöhne? Wohl eher doch nicht?
- Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf ein menschenwürdiges Niveau? Mal abwarten, was die Institute zu Tage fördern.
- Abschaffung der Klassengesellschaft bei Gesundheit und Pflege? Verschieben auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Auf den klassischen Feldern sozialer, sozialdemokratischer Politik gilt:

Außer Spesen, nix gewesen. Mit einer auf Gedeih und Verderb an die Große Koalition gefesselten SPD wird sich daran in den verbleibenden zwei Jahren auch nichts ändern.

Fazit: Flickschusterei und Halbheiten, viele Ankündigungen und wenig Ergebnisse, das ist die Zwei-Jahres-Bilanz der Bundeskanzlerin.

#### Niedriglöhne sind eine gesellschaftliche Schande

Die Einigung auf den Post-Mindestlohn ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die tariflichen Unterschiede zwischen den Mitarbeitern Ost und West sind ein Skandal.

Nur durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn können Hunger- und Niedriglöhne konsequent verhindert werden. Dass 1,3 Millionen Menschen trotz Vollzeitjob einen Zuschuss bekommen müssen, damit sie von ihrer Arbeit leben können, ist eine gesellschaftliche Schande.

**DIE LINKE.** wird ihre Mindestlohnkampagne fortführen, wenn nötig bis zur Bundestagswahl 2009. Es gibt eine Mehrheit für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, gesellschaftlich und im Bundestag. Die SPD hat im Bundestag gekniffen, als bei der Abstimmung die Chance bestand, eine Mehrheit für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes zu erreichen. Da nützen im Nachhinein alle schönen Worte nichts.

## Petra Paus Newsletter

### Rechtsextreme Gewalt unvermindert hoch

Am Vorabend des 9. November hat das Bundesministerium des Innern meine monatliche Standardfrage beantwortet. Demnach wurden im September 2007 bundesweit 959 rechtsextreme Straftaten registriert, darunter 65 Gewalttaten.

Addiert ergeben sich für die ersten drei Quartale 2007 insgesamt 8 284 Straf- und 515 Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund. Die Zahlen gelten als vorläufig. Sie sind obendrein fragwürdig. So stehen den 65 Gewalttaten im September 2007 lediglich vier Verhaftungen gegenüber.

### SPD: Informations-Freiheit oder Online-Überwachung

Bundesinnenminister Schäuble hat die Forschungsarbeiten für heimliche Online-Untersuchungen wieder aufnehmen lassen.

Dieser Sündenfall mit Vorsatz geht auf das Konto der SPD. Die Forschungsmittel für die umstrittene Online-Untersu-

chung waren gesperrt. Sie konnten im Bundestag nur mit Zustimmung der SPD freigegeben werden. Das wiederum zeigt: Auch die SPD ist grundsätzlich für die Online-Untersuchung. Denn eine Tat, die man nicht will, bräuchte man auch nicht vorzubereiten. Das wiederum steht im krassen Gegensatz zu der Ankündigung des SPD-Kollegen Wiefelspütz, ein Grundrecht auf Informationsfreiheit im Internet zu verfassung. Eines geht nur: Informations-Freiheit oder Online-Überwachung.

### Volksverhetzung – eine jugendtypische Verfehlung?

Das Amtsgericht Oschatz hat einen 18-Jährigen zu 600 Euro verurteilt, der am 19. August in Mügeln bei der Hatz auf Inder beteiligt war.

Der 18-Jährige wurde wegen Volksverhetzung verurteilt. Beim Strafmaß ließ das Gericht Milde walten. Man ging davon aus, dass es sich um eine jugendtypische Verfehlung handelte. Wenn Volksverhetzung eine jugendtypische Verfehlung ist, dann muss es schlimm stehen um die Jugend. Noch wirrer aber muss es in den Köpfen der Richter zugehen, die das ernsthaft meinen.

(Petra Pau ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses)

## PINNWAND

### Termine

- Di., 11.12., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**DIE LINKE.-Ortsvorstandssitzung**
- Mo., 07.01., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**AG »Malxe-Blatt«**
- Di., 15.01., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst**

### Der Ortsvorstand informiert:

Seit November 2007 hat die Verantwortlichkeit für die Hauptverteilung des Malxeblattes gewechselt. Ute Paeschke hat diese Aufgabe von Siegfried Schneider übernommen, der sie aus gesundheitlichen Gründen abgegeben hat. Er bleibt weiterhin Sprecher der AG »MB«.

An dieser Stelle möchte sich der Ortsvorstand ganz herzlich bei Siegfried Schneider für die geleistete Arbeit als Hauptverteiler bedanken.

Liebe Mitglieder und Sympathisanten, unsere kleine Zeitung braucht auch weiterhin viele ehrenamtliche Verteiler. Wer uns unterstützen möchte, meldet sich bei Ute Paeschke, Telefon (0 35 62) 66 56 48, oder in der Geschäftsstelle des Ortsverbandes.

### Geburtstage

- 20.12., 83 Jahre, Genn. Ursula Cieslak  
03.01., 85 Jahre, Genn. Brigitta Dörl  
06.01., 75 Jahre, Gen. Herbert Gottschalk  
12.01., 83 Jahre, Gen. Alfons Zwick

*Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!*

### Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte

am 07.01. und 21.01.08 ab 10:00 Uhr

in der Geschäftsstelle der LINKEN, Cottbuser Straße 54

Terminvereinbarung über Frau Dr. Radochla,  
☎ (03562) 69 34 34 oder ☎ (03562) 78 52,  
Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 Euro.



**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst **DIE LINKE.**  
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst **DIE LINKE.**  
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst  
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 601 900 059, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: [spree-neisse.dielinke-brandenburg.de](http://spree-neisse.dielinke-brandenburg.de)  
E-Mail: [forst@dielinke-spree-neisse.de](mailto:forst@dielinke-spree-neisse.de)

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.